

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Großbritannien - Erdgas - Sparförderung - Entwicklungspolitik - Bundesrepublik- Bulgarien

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1975) : Kurz kommentiert: Großbritannien - Erdgas - Sparförderung - Entwicklungspolitik - Bundesrepublik-Bulgarien, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 55, Iss. 12, pp. 600-601

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134889>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KURZ KOMMENTIERT

Großbritannien

Traum und Wirklichkeit

Der britische Auftritt auf der Konferenz des Europäischen Rates in Rom hat sicherlich manche wehmütige Erinnerung an den verstorbenen französischen Staatspräsidenten de Gaulle wachgerufen, der sich stets gegen einen britischen EG-Beitritt gestemmt hatte. Denn seit der Sinn der britischen Regierung für die politische Realität durch die Fata Morgana eines devisenscheffelnenden Erdölscheichtums an der Themse getrübt ist, das als einflußreiches OPEC-Mitglied die Geschicke in der Welt (wieder) mitbestimmt, macht Großbritannien innerhalb der EG nichts als Ärger.

Diese Flucht aus der Wirklichkeit ist einerseits angesichts der desolaten wirtschaftlichen Situation verständlich. Aufgrund dieser Wirtschaftslage wird es aber andererseits noch eine geraume Zeit dauern, bis sich die stark defizitäre britische Zahlungsbilanz durch eine eigene Erdölproduktion möglicherweise entscheidend bessern kann. Zumindest bis dahin ist Großbritannien auf die wirtschaftliche Solidarität anderer Länder angewiesen: Gerade jetzt muß es beim IWF um Kredite in Höhe von 1,7 Mrd. SZR (5,2 Mrd. DM) nachsuchen, um seine künftigen Zahlungsbilanzdefizite finanzieren zu können. Versuche weiterer Kreditaufnahmen am Eurodollarmarkt — in den letzten 2 $\frac{1}{2}$ Jahren waren es etwa 9 Mrd. US \$ — hätten sonst offenbart, wie angeschlagen die britische Kreditwürdigkeit bereits heute ist. Die mit den britischen Kreditaufnahmen verbundenen Zins- und Tilgungsleistungen stellen zudem schon erhebliche Hypotheken auf das britische Nordseeöl dar, dessen Wirtschaftlichkeit erst durch den im römischen „Kompromiß“ garantierten Erdölmindestpreis gesichert wurde.

Angesichts dieser Tatsachen scheint es, als ob die Gemeinschaft ihre Chance, Großbritannien politisch zur Kasse zu bitten, nur ungenügend genutzt hat. Sonderregelungen, wie sie Großbritannien gewährt wurden, sind ein Rückschritt auf dem Weg zur politischen Union. kr

Erdgas

Teure Energiesicherung

Ende November 1975 wurden in Teheran die Unterschriften unter ein Vertragswerk gesetzt, das in mehrfacher Hinsicht ohne Beispiel ist: Die staatliche persische Gasgesellschaft National Iranian Gas Company, die sowjetische Sojuzgazexport und die deutsche Ruhrgas AG haben sich

geeinigt, irisches Erdgas in die Sowjetunion und sowjetisches in die Bundesrepublik zu pumpen. Ebenso wie der Umfang des Geschäfts mit jährlich 13 Mrd. cbm Erdgas im Wert von 40 Mrd. DM dürften auch die erforderlichen Investitionen, die laut Vertrag vom Iran und der Sowjetunion getragen werden müssen und allein für die Verlegung neuer Rohrleitungen 10 Mrd. DM umfassen, neue Maßstäbe setzen.

Mit Beginn der Lieferungen im Jahre 1981 wird die Bundesrepublik dem insbesondere seit der Ölkrise drängenden Ziel der Versorgungssicherheit im Energiebereich ein Stück nähergekommen sein. Dieser Erfolg wird auch dadurch nicht gemindert, daß ab 1984 rund 20 % der Erdgasimporte aus der Sowjetunion bezogen werden. Denn aufgrund der bestehenden wirtschaftlichen Abhängigkeiten ist eine Lieferunterbrechung von seiten der Sowjetunion kaum wahrscheinlich. Außerdem decken diese 20 % nach dem fortgeschriebenen Energieprogramm Bonns ohnehin nur zwischen 3 und 4 % des gesamten Primärenergieverbrauchs der Bundesrepublik.

Für diese Erhöhung der Versorgungssicherheit hat die Ruhrgas AG einen „relativ hohen“ Mindestpreis garantieren sowie ein nicht unerhebliches Risiko eingehen müssen. Denn jährlich müssen 90 % der vertraglichen Menge auf jeden Fall abgenommen und bezahlt werden. Damit wurden jedoch nur die Konsequenzen aus einer längst bekannten Tatsache gezogen: Die Zeiten billiger Energie sind endgültig vorbei; eine sichere Energieversorgung ist nur zu gewährleisten, wenn auch die Bereitschaft zur Aufbringung entsprechender finanzieller Mittel vorhanden ist. erh

Sparförderung

Weitere Kürzungen?

In der Diskussion um die Beseitigung des strukturellen Defizits der öffentlichen Haushalte schlug jüngst das Karl-Bräuer-Institut des Bundes der Steuerzahler einen stufenweisen Abbau der Sätze des Sparprämien- und Wohnungsbauprämiengesetzes vor. Bei Veröffentlichung dieses bislang weitestgehenden Vorschlags zu dem umstrittenen Thema ließen sich auf der Basis des Jahres 1976 in der Endstufe mindestens 5,5 Mrd. DM einsparen. Eine solche Maßnahme könnte also sehr wohl einen ansehnlichen Beitrag zur Verringerung des strukturellen Defizits leisten.

Dies ist jedoch nur ein Aspekt. Sparförderung und Bausparförderung haben auch einen vermögenspolitischen Hintergrund. Zwar werden Effizienz und Notwendigkeit des Prämiensparens und

des 624-DM-Gesetzes stark bezweifelt. Jedoch stellen diese Formen der Vermögensbildung die einzig greifbare Art dar, in der Personen mit kleineren und mittleren Einkommen an der staatlichen Vermögenspolitik teilhaben können. Der Abbau der Bausparförderung wiederum dürfte unerwünschte Auswirkungen auf die labile wirtschaftliche Lage der Baubranche haben.

Andere Formen der Vermögensbildung, wie z. B. die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen, zeigen noch keine klaren Umriss. Da auf der anderen Seite aber von allen Gruppen innerhalb der Volkswirtschaft ein Beitrag zur Beseitigung des strukturellen Defizits geleistet werden muß, könnte man als weniger radikale Kur eine weitere Senkung der Einkommensgrenzen in Erwägung ziehen. Dadurch würde es möglich sein, die Bevölkerungsgruppen in der Förderung zu halten, die aufgrund ihres geringen Einkommens der Sparhilfe und -anregung bedürfen. cr

Entwicklungspolitik

Vertane Chancen

Mit der am 28. November abgehaltenen entwicklungspolitischen Debatte dürfte der Deutsche Bundestag – vom Inhalt wie von der Form her – nicht nur der Sache der Entwicklungshilfe, sondern auch seinem eigenen Ansehen beträchtlichen Schaden zugefügt haben. Trotz nur schwer erkennbarer Unterschiede in den Grundpositionen kam es zwischen Regierung und Opposition zu einem heftigen Schlagabtausch über die Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung. Der offensichtliche Widerspruch zwischen der Zusage der Bundesregierung, 0,7% des BSP für die Entwicklungshilfe bereitzustellen, und den kurz- und mittelfristigen Haushaltsansätzen für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde von der Opposition zwar erwartungsgemäß kritisiert, konkrete Alternativen wurden jedoch nirgends sichtbar. Statt dessen personalisierte die CDU/CSU die Debatte durch eine Verknüpfung von Bahrscher Ost- und Entwicklungspolitik.

Dabei hätte es an Ansatzpunkten für eine sinnvolle Diskussion nicht gefehlt. Man denke z. B. an das einst lautstark propagierte Konzept der Dreieckskooperation, um das es in letzter Zeit merklich stiller geworden ist, oder an die verschiedenen Reisen des Außen- und des Wirtschaftsministers nach Afrika, Lateinamerika und in den Nahen Osten und die damit verbundene Frage, in welchem Umfang entwicklungspolitische Aufgaben von anderen Ressorts wahrgenommen werden. Auch eine kritische Würdigung des entwicklungspolitischen Berichts der Bundesregierung hätte einen guten Anlaß geboten, der deut-

schen Öffentlichkeit Probleme und Möglichkeiten einer zukunftsorientierten Entwicklungspolitik aus der Sicht aller Parteien vorzuführen. Diese Chance wurde schon deswegen vertan, weil Regierung und Parlament weitgehend durch Abwesenheit glänzten: vor einer „beinahe leeren“ Regierungsbank diskutierten nur ca. 35 Abgeordnete. Deutlicher läßt sich das allgemeine Desinteresse an entwicklungspolitischen Fragen wohl kaum mehr demonstrieren. mk

Bundesrepublik–Bulgarien

Keine zinsverbilligten Kredite

Bei der kürzlich erfolgten Staatsvisite des bulgarischen Staatsrats- und Parteivorsitzenden Schiwkoff in Bonn standen wirtschaftliche Probleme im Vordergrund der Gespräche. Ausgangspunkt aller Überlegungen war dabei das hohe bulgarische Außenhandelsdefizit gegenüber der Bundesrepublik. Es belief sich allein für das Jahr 1974 bei deutschen Lieferungen von 766 Mill. DM und bulgarischen Lieferungen von 234 Mill. DM auf 532 Mill. DM. Dieses krasse Ungleichgewicht hoffen die Bulgaren auf mittlere Sicht einerseits durch eine Verbesserung der bulgarischen Exportstruktur in Richtung auf verstärkte Lieferungen industrieller Produkte, andererseits aber auch durch die noch im Anfangsstadium befindliche Unternehmenskooperation weitgehend bereinigen zu können. Für die letzte Alternative bietet das im Mai des Jahres zwischen den Regierungen beider Länder abgeschlossene langfristige Rahmenoperationsabkommen, das jetzt konkretisiert worden ist, nach bulgarischer Meinung eine gute Voraussetzung.

Kurzfristig ist man auf bulgarischer Seite an zinsgünstigen Krediten interessiert, die vornehmlich für die Begleichung fälliger Zahlungen, aber auch für weitere Investitionsgüterbezüge eingesetzt werden sollen. Denn an eine Einschränkung westdeutscher Lieferungen denkt die bulgarische Wirtschaftsführung aus wachstumspolitischen Erwägungen nur ungern. Der seit der Gewährung eines zinsverbilligten Kredites an Polen besonders nachdrücklich vorgetragene Wunsch Bulgariens, ebenfalls in den Genuß dieser Vergünstigung zu gelangen, fand allerdings in Bonn kein Gehör. Statt dessen wurde dezent auf die Möglichkeit verwiesen, Kredite auf den westlichen Kapitalmärkten aufzunehmen. Diese Haltung verdient Verständnis, da es nicht die Aufgabe Bonns sein kann, die durch eine zuweilen überstürzte Verschuldungspolitik verursachten Löcher in der bulgarischen Devisenbilanz zu stopfen. Auch wäre sonst ein Wettlauf osteuropäischer Länder nach – bislang nur in Ausnahmefällen gewährten – Kreditsubventionen zu befürchten. ud